

## **Pflegende Angehörige verlangen faire Finanzierung der Pflegeversicherung**

Pflegende Angehörige fordern ein gerechteres Finanzierungskonzept der Pflegeversicherung – nicht auf ihren Kosten!

*Berlin (ots)*

Vor kurzem hat die Bundesregierung einen Bericht mit dem Titel „Zukunftssichere Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung“ vorgelegt, der die Debatte über die Finanzierung des Pflegesystems neu anstoßen soll. Dieser Bericht könnte entscheidend für die zukünftige Gestaltung der Pflegeleistungen in Deutschland sein, da er die Weichen für die langfristige Sicherstellung der Pflegebedürfnisse stellen soll. Doch nicht alle sind mit den darin enthaltenen Vorschlägen einverstanden.

Besondere Bedenken äußert der Bundesverband *wir pflegen e.V.*, der in seiner Stellungnahme auf die Schwächen der im Bericht dargestellten Überlegungen hinweist. Laut Prof. Dr. Notburga Ott, einem Vorstandsmitglied des Verbands, basieren die Modellrechnungen auf Annahmen, die die gegenwärtigen Probleme im Bereich der Pflegeleistung ignorieren. Dies betrifft insbesondere die häusliche Pflege, in der Angehörige oft unzumutbaren Belastungen ausgesetzt sind.

### **Die zentrale Forderung nach Vollversicherung**

Ein wichtiger Punkt in der Diskussion ist die Frage der Vollversicherung für Pflegebedürftige sowie deren Angehörige.

Prof. Dr. Ott beschreibt, dass eine Teilkostenversicherung die bestehenden Probleme lediglich verlängern würde. Das sogenannte „Restrisiko“, das Pflegebedürftige individuell zu tragen haben, ist bereits jetzt ungleich verteilt und wird es auch in Zukunft bleiben. Vor allem die finanziellen Belastungen könnten dazu führen, dass Pflegebedürftige, die nicht in der Lage sind, die nicht abgesicherten Leistungen zu bezahlen, ein hohes Armutsrisiko eingehen müssen.

Viele pflegende Angehörige verrichten ihren Dienst, indem sie auf Freizeit, soziale Kontakte und sogar auf ein regelmäßiges Einkommen verzichten müssen. Daher fordert *wir pflegen e.V.* eine umfassende Versicherung, die nicht nur die notwendigen Mittel für die Pflege bereitstellt, sondern auch den Angehörigen eine angemessene Entschädigung beschreibt. Dies wird als entscheidend angesehen für eine faire Verteilung der finanziellen Lasten und eine gerechtere Lösung in der Pflegeversicherung.

## **Die Folgen unzureichender Pflegeleistungen**

Die von *wir pflegen e.V.* angebrachten Argumente sind nicht nur von theoretischem Interesse. Sie sind von großer praktischer Relevanz, da die gegenwärtige Situation in der Pflege bereits viele Menschen betrifft. Der Verband betont, dass der aktuelle Mangel an professionellen Pflegeleistungen in der Gesellschaft zu einer weiteren Unzufriedenheit führen könnte. Zudem steigen die Gesundheits- und Armutsrisiken für pflegende Angehörige, die bereits unter einer hohen emotionalen und physischen Belastung leiden. Gründe hierfür sind häufig das Fehlen von unterstützenden Strukturen sowie Engpasslösungen in der Altenpflege und häuslichen Betreuung.

Ein weiterer Aspekt, der in der Stellungnahme hervorgehoben wird, ist der wirtschaftliche Einfluss, den die unzureichende Pflege haben kann. Ein steigender Pflegebedarf und ein Mangel an Fachkräften bedeuten nicht nur Probleme für die Betroffenen,

sondern auch für die Gesellschaft insgesamt, da gesamtwirtschaftliche Kosten durch Fehlzeiten und Krankheiten zunehmen.

Folglich ist für den Verband eine umfassende Bestandsaufnahme der aktuellen Schwierigkeiten im Pflegebereich unerlässlich. Hierbei sollen sowohl die fehlenden Entlastungsangebote als auch die tatsächlichen Bedürfnisse der Pflegebedürftigen berücksichtigt werden. Nur so kann eine realistische Grundlage für zukünftige Planungen entstehen.

## **Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Lösung**

Um die Herausforderungen in der Pflegeversorgung adäquat zu bewältigen, fordert *wir pflegen e.V.* eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung, die nicht nur die direkt betroffenen Pflegebedürftigen, sondern auch den Arbeitsmarkt sowie die Gesundheitskosten und Sozialausgaben in den Fokus nimmt. Die Zukunft der Pflegeversicherung könnte daher in der Entwicklung eines tragfähigen Konzepts liegen, das auf realistischen Planungen für den künftigen Bedarf an Pflegekräften basiert.

Der Verband zeigt sich auch offen für die Idee, alle Einkommen – nicht nur die Lohneinkommen – in die Beitragszahlungen einzubeziehen. Dies könnte helfen, eine leistungsgerechte Finanzierung zu schaffen und die Kluft zwischen den finanziell unterschiedlichen Lebenssituationen zu schließen.

## **Wichtige Reformen stehen an**

Es bleibt abzuwarten, wie die politischen Entscheidungsträger auf die Forderungen des Verbands reagieren werden. Die Notwendigkeit für Reformen im Bereich der Pflegeversicherung ist unbestritten, doch ob die neuen Vorschläge als Grundlage für nachhaltige Veränderungen dienen können, wird die Zukunft zeigen.

# Der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf die Pflege

Der demografische Wandel stellt eine der größten Herausforderungen für das deutsche Pflegesystem dar. Mit einer steigenden Lebenserwartung und einer sinkenden Geburtenrate verändert sich die Altersstruktur der Bevölkerung dramatisch. Berichten zufolge wird erwartet, dass bis zum Jahr 2035 die Anzahl der über 67-Jährigen in Deutschland um etwa 30 Prozent ansteigt, was bedeutet, dass immer mehr Menschen Pflege benötigen werden. Dies stellt die bereits bestehenden Strukturen unter Druck und führt zu einem erhöhten Bedarf an Pflegekräften und -angeboten (Quelle: **Statistisches Bundesamt**).

Zusätzlich sorgt der demografische Wandel dafür, dass immer weniger junge Menschen als Erwerbstätige zur Verfügung stehen, um die Pflegebedürftigen zu unterstützen. Laut Prognosen wird das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern bis 2030 auf 2:1 fallen. Dies könnte zu einem massiven Fachkräftemangel führen, der sich in allen Bereichen der Pflege niederschlägt.

## Finanzielle Belastungen für Pflegende Angehörige

Die finanzielle Situation der pflegenden Angehörigen ist alarmierend. Studien zeigen, dass viele von ihnen aufgrund der Pflegeverantwortung finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Eine Erhebung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge besagt, dass mehr als die Hälfte der pflegenden Angehörigen weniger als 1.500 Euro monatlich zur Verfügung hat. Diese finanziellen Belastungen führen oft zu einer erheblichen Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Sicherheit und Gesundheit (Quelle: **Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.**).

Zudem wird von Experten darauf hingewiesen, dass die Mehrkosten, die durch den Verzicht auf Erwerbstätigkeit entstehen, nicht nur finanzielle Schwierigkeiten bewirken, sondern auch die psychische Gesundheit der Pflegenden stark belasten. Viele pflegende Angehörige berichten von Stress, Überforderung und einem Gefühl der Isolation.

## **Politische Maßnahmen und Reformansätze**

Angesichts der Herausforderungen, die sich aus dem demografischen Wandel und der Finanzierung des Pflegesystems ergeben, sind politische Maßnahmen zwingend erforderlich. Die Bundesregierung hat bereits einige Reformansätze vorgestellt, um die Situation zu verbessern. Dazu gehören unter anderem die Förderung von Pflegeberufen, Anreize zur Teilzeitarbeit für Fachkräfte sowie eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung für pflegende Angehörige (Quelle: **Bundesministerium für Gesundheit**).

Zudem wird verstärkt auf digitale Lösungen gesetzt, um Pflegeprozesse zu optimieren und Angehörige zu entlasten. Diese Initiativen sind allerdings nur dann erfolgreich, wenn sie ausreichend finanziert und systematisch implementiert werden.

Die Diskussion um die zukünftige Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung zeigt deutlich, dass ohne grundlegende Reformen und eine Stärkung des Systems die Risiken für pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige weiter zunehmen werden.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**